

(S. 185). Es ist sicher wichtig zu sehen, dass die Zweiten Sekretäre der lettischen wie der litauischen KP ein sehr gutes Verhältnis zu den Direktoren der großen Industriebetrieben pflegten, doch waren die Beziehung zu den ZK-Sekretären in Fragen der Landwirtschaft stets sehr gespannt.

Das Buch von Saulius Grybkauskas ist die erste tiefgreifende historische Untersuchung über die Rolle des Zweiten Parteisekretärs in den Republiken der UdSSR und kann nur jedem empfohlen werden, der sich mit der Geschichte dieses Staates befasst. Dass die Arbeit in litauischer Sprache vorliegt, schränkt den Leserkreis gewiss ein, doch hilft die umfangreiche englische Zusammenfassung, ein recht genaues Bild von den Ergebnissen der Studie zu gewinnen. Es ist an dieser Stelle nur zu wünschen, dass dieses Werk bald in eine der großen Sprachen übersetzt wird.

DAINA BLEIERE

KATJA WEZEL: *Geschichte als Politikum. Lettland und die Aufarbeitung nach der Diktatur* (The Baltic Sea Region – Northern Dimensions – European Perspectives / Die Ostseeregion – Nördliche Dimensionen – Europäische Perspektiven, 15). Berliner Wissenschafts-Verlag. Berlin 2016. 324 S., Ill. ISBN 9783830534259.

Die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit und der Gewalterfahrungen unter wechselnden Besatzungsregimen ist in den letzten 25 Jahren im Baltikum immer wieder zum Schauplatz heftiger politischer Auseinandersetzungen geworden. Mitunter strahlten diese auch weit über die Landesgrenzen hinaus und involvierten nicht nur lokale, sondern auch internationale politische Akteure. „Geschichte als Politikum“ ist denn auch der Titel einer kürzlich vorgelegten Untersuchung zu „Lettland und die Aufarbeitung der Diktatur“ von der Historikerin Katja Wezel. Einem akteursorientierten Ansatz der geschichtspolitischen Forschung folgend, analysiert Wezel darin den lettischen Transformationsprozess mit Blick auf die erinnerungskulturellen und -politischen Brüche, die entlang vor allem ethno-linguistischer Linien in einer tief gespaltenen Gesellschaft verlaufen. Der Schwerpunkt dieser Untersuchung liegt somit in erster Linie auf der Aufarbeitung und öffentlichen Erinnerung an die sowjetische Vergangenheit, die Wezel im Spannungsverhältnis von post-sowjetischer Nationalisierungs- und Ethnopolitik diskutiert.

Wezel nimmt die Beschreibung von insgesamt sechs geschichtspolitischen Akteuren im ersten Kapitel des Buches geschickt zum Anlass,

einen historischen Bogen zu spannen von den kommunistischen Eliten (der Nomenklatura der Lettischen SSR) seit 1945 zu den Akteuren der nationalen Unabhängigkeitsbewegung und ihrem Narrativ der Staatsrestauration (die „Kinder der Singenden Revolution“); von den Exilletten, die bestimmte nationale Geschichtsbilder und Narrative während des Kalten Krieges pflegten, zu der (eher passiven) historischen russischen Minderheit Lettlands, die schon vor 1940 in Lettland lebte und deren historische Wahrnehmung von der später zugewanderter Sowjetbürger abweicht. Wezel beschließt diesen Überblick über die „Akteure der Geschichtspolitik“ mit der Darstellung diverser „externer Akteure“, die seit 1991 häufig als „Schutzmacht oder Anwalt für bestimmte Bevölkerungsgruppen“ in Lettland auftraten (S. 89), allen voran die Russische Föderation und die USA, aber auch diverse internationale Organisationen wie die OSZE oder die EU.

Die Einbeziehung dieser externen Akteure in die Analyse nationaler Geschichtspolitik und öffentlicher Diskurse ist wichtig, zeigt sie doch, wie eng die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nur zur „Re-definition des sozialen Raums“ beitrug, sondern auch mit Lettlands „Re-positionierung in der internationalen Staatengemeinschaft“ verknüpft ist (S. 100f.). Die rechtliche Dimension dieser Re-positionierung ist denn auch Gegenstand des zweiten Kapitels zur „Nations(re)konstruktion und Transitionsjustiz.“ Im ersten Teil dieses Kapitels konzentriert sich Wezel vor allem auf die Staatsrestauration in Form der Wiedereinsetzung der Verfassung von 1922 sowie auf die politischen Debatten rund um die Frage der Staatsbürgerschaft im wiederhergestellten Staat. Detailliert geht sie noch einmal auf die verschiedenen Argumente ein, die von den Akteuren der Unabhängigkeitsbewegung vorgebracht wurden in Bezug auf die rechtliche Definition der Staatsnation. Interessant ist dabei, dass die Autorin die damalige Entscheidung für eine politische Ausgrenzung aller nach 1940 Zugewanderten als „Methode der Transitionsjustiz“ klassifiziert (S. 113), doch dazu später mehr.<sup>1</sup>

In der folgenden Analyse zeigt die Autorin, wie der lettische Staat seit 1991 auf der politischen, administrativen, juristischen und symbolischen Ebene die Aufarbeitung sowjetischen Unrechts mit dem „klaren Ziel [vorantrieb], die während der Sowjetherrschaft erfolgte Sowjetisierung in allen Bereichen – politisch, wirtschaftlich und kulturell – rückgängig zu machen“ (S. 153). Tatsächlich umfassten die Maßnahmen ein breites Spektrum: von Lustrationsmaßnahmen im öffentlichen Sektor über die eher vereinzelte strafrechtliche Verfolgung ehemaliger, an Deportationen beteiligter NKVD Veteranen und aktiver Unabhängigkeitsgegner bis hin zur

<sup>1</sup> Zum Begriff und zu den unterschiedlichen Maßnahmen der postkommunistischen Transitionsjustiz siehe die eingehende Studie von EVA-CLARITA PETTAI und VELLO PETTAI: *Transitional and Retrospective Justice in the Baltic States*, Cambridge 2015. – Siehe die Besprechung von MAREK TAMM, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 11 (2016), S. 308-311 (Anm. d. Red.).

Rückgabe ehemals verstaatlichten Eigentums, Opferentschädigung und historischer „Umerziehung“. Wezels Fokus liegt dabei gemäß ihrer zentralen Fragestellung vor allem darauf, welche Auswirkungen die diversen Maßnahmen auf Mitglieder der russischsprachigen Bevölkerung hatten, sowie darauf, wie die dominierenden öffentlichen Diskurse mit Schlagworten wie „De-Kolonisierung und De-Sowjetisierung“, aber auch dem Begriff „sowjetischer Genozid“ und „Okkupation“, zur Polarisierung der Debatten und damit zur Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung beitrugen.

So ist es durchaus logisch, dass Wezel die Minderheiten- und Sprachpolitik Lettlands nach 1991, der sie ein eigenes Kapitel widmet, „im Sinne einer ‚politischen Rechtsprechung‘ unter dem Aspekt der Transitionsjustiz“ (S. 201) eingeordnet wissen will. Die Staatsbürgerschaftsgesetzgebung sowie die staatliche Sprach- und Bildungspolitik werden also zu Maßnahmen der rückwärtsgewandten Wiederherstellung von Gerechtigkeit erklärt. Eine solche Interpretation mag angesichts der politischen und öffentlichen Rhetorik von De-Kolonisierung und „Okkupation“ einleuchtend erscheinen. Doch halte ich sie auf analytischer Ebene für nicht weiterführend, denn sie verwischt die Trennlinien zwischen einer zwar ausgrenzenden, aber dennoch vorwärts gerichteten Politik des „nationalisierenden Staates“ (Rogers Brubaker) und den auf bestimmte Täter- und Opfergruppen fokussierten, rückwärtsgewandten Maßnahmen der Transitionsjustiz. Anders gesagt ging es weder bei der Staatsbürgerschaftsdebatte noch in der Bildungs- und Sprachpolitik Lettlands nach 1991 um eine Sanktionierung ehemaliger Regimetäter oder um Wiedergutmachung für die Opfer. Vielmehr ging es um die rechtliche Festigung eines bestimmten historischen Verständnisses lettischer Staatlichkeit. Insofern handelt es sich bei diesen Maßnahmen sicherlich in hohem Maße um geschichts- und identitätspolitische Handlungen, nicht aber um staatliche Maßnahmen der Vergeltung oder Wiedergutmachung.

Doch viel wichtiger als die Frage der konzeptionellen Einordnung erscheint mir Wezels Feststellung, dass erst die Debatten um die Schulreform 2003/04 die Gruppe der während der Sowjetzeit Zugewanderten zum aktiven geschichtspolitischen Akteur machten. Denn erst im Widerstand gegen die geplante Lettifizierung des Unterrichts an russischsprachigen Schulen entstand so etwas wie eine generationenübergreifende Gruppenidentität in dieser Bevölkerungsgruppe. Tatsächlich erkennt Wezel in diesem Zusammenhang einen „Paradigmenwechsel“ auch in der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung um die Erinnerung, in dem „die russischsprachige Bevölkerung als Akteur in der politischen Landschaft klar erkennbar ist“ – nicht zuletzt in Gestalt der Oppositionspartei Harmonie (S. 89).

Im letzten Kapitel des Buches geht die Autorin dann noch einmal näher auf die öffentlichen Erinnerungskonflikte entlang verschiedener „historischer Zäsuren und Perspektiven“ ein (S. 208). Im Mittelpunkt stehen dabei

die konträren historischen Narrative rund um den Zweiten Weltkrieg sowie ihre öffentliche Repräsentationen in Form von Gedenktagen, Reden und Debatten. Neben den weithin bekannten Unterschieden in der Wahrnehmung der Ereignisse von 1939/40 bzw. von 1945, bespricht Wezel hier auch den im lettischen Diskurs weit verbreiteten Begriff des „roten Genozid“ sowie seine Institutionalisierung im öffentlichen Raum und in der Rechtsprechung. In diesem Zusammenhang befasst sich die Autorin auch mit den Debatten und Erinnerungskonflikten in Bezug auf den Holocaust und die lettische Kollaboration – ein Thema, das bisherige Analysen zur lettischen (und baltischen) Vergangenheitsaufarbeitung vor allem im Westen weitgehend dominierte. Wezel charakterisiert die Debatten um das öffentliche Gedenken an den Holocaust als geprägt von einer Opferkonkurrenz, die sich u.a. in dem Begriff des „Genozid“ niederschlägt.

Doch obgleich Wezel einräumt, dass die Aufarbeitung der Verbrechen beider Regime im Baltikum aufgrund historischer Überschneidungen notwendigerweise parallel verlaufen muss, gilt ihr Hauptinteresse doch ganz offensichtlich nicht der Aufarbeitung des Holocaust und den damit verbundenen Konflikten. Tatsächlich kann man sagen, dass die geschichtspolitischen Entwicklungen und Debatten in Bezug auf das sowjetische Regime und seine Verbrechen für die Zukunft des Landes weitaus entscheidender sind, als jene, die die Aufarbeitung des Holocaust betreffen. Es ist das Verdienst dieser Untersuchung, den Blick für die in diesen Debatten aktiven Akteure auf beiden Seiten geschärft zu haben. Auch Wezels Bemerkungen über den nach wie vor starken „national-ideologischen Beigeschmack“ lettischer Geschichtspolitik, die es lettischen Russen auch jüngerer Generationen schwer mache, sich mit dem unabhängigen Lettland und seiner Gesellschaft zu identifizieren, sind als Fazit dieser Untersuchung berechtigt. Deswegen und aufgrund der zunehmend revisionistischen Geschichtsklitterung in russischen Staatsmedien, die nach wie vor von vielen in Lettland lebenden Russen konsumiert werden, scheint Wezel wenig Hoffnung zu sehen, dass sich die Gräben, die die Gesellschaft heute durchziehen, in absehbarer Zeit schließen werden.

Natürlich bleibt eine Arbeit, die sich mit der rechtlichen, administrativen und symbolischen Aufarbeitung von Verbrechen und mit geschichtspolitischen Konflikten befasst, notgedrungen der Ebene von staatlichen Maßnahmen und offizieller Politik verhaftet. Dennoch wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Autorin auch auf nicht-staatliche Akteure und ihren Einfluss auf die offiziellen Geschichtsdiskurse eingegangen wäre. Wo die Politik und selbst die geschichtswissenschaftliche Debatte in starren Interpretationsmustern verharren, können nicht-staatliche Akteure manchmal die entscheidenden Schritte tun, um scheinbar unüberwindliche Gräben zu überüberbrücken. Lettland verfügt heute über eine vielfältige und lebendige Zivilgesellschaft, die sich in den öffentlichen Diskurs, auch über die jüngste Vergangenheit und die herrschenden Geschichtsbilder, kritisch

einmischt. Ein zumindest kurzer Blick in diese Welt jenseits offizieller Reden, Gesetze und Regulierungen, aber auch jenseits der Medienöffentlichkeit, hätte vielleicht ein etwas weniger düsteres Bild gezeichnet als es die Untersuchung nun hinterlässt.

EVA-CLARITA PETTAI

MEIKE WULF: *Shadowlands. Memory and History in Post-Soviet Estonia*. Berghahn Books. New York und Oxford 2016. X, 246 S. ISBN 9781785330735.

Eine adäquate Bewertung dieses Buches fällt nicht ganz leicht. Spezialisten der baltischen bzw. estnischen Geschichte mögen es mit einem Lächeln abtun, da es insgesamt doch zumeist Bekanntes beinhaltet. Wer sich außerhalb des Baltikums mit den *memory studies* beschäftigt, findet jedoch einige interessante Überlegungen zu einer Region, die international eher selten diskutiert wird. Wer wiederum eine handliche Einführung in die estnische Geschichte des 20. Jahrhunderts und darüber hinaus sucht, könnte meinen, mit *Shadowlands* bestens bedient zu werden. Die Autorin, bis 2014 als Politologin an der Universität Maastricht, heute an der RWTH Aachen lehrend, richtet sich in der Tat ganz explizit an ein (westliches) Publikum, das von osteuropäischen Vergangenheiten wenig ahnt. Der Studie liegt eine 2006 an der London School of Economics verteidigte Doktorarbeit zugrunde, die von dem Doyen der internationalen Nationalismusforschung Anthony D. Smith betreut worden ist.

Wie der Titel verrät, geht es Meike Wulf allerdings nicht in erster Linie um den estnischen Nationalismus, auch wenn dieser immer wieder angesprochen wird. In ihrer Einleitung schreibt sie, ihr Buch untersuche „the ‚shadowlands‘ of memory that still haunts the ‚bloodlands‘ of Eastern Europe“ (S. 6). Es geht um die Erinnerung an die zwei Okkupationen in Ostmitteleuropa, die Timothy Snyder so packend in seinen „Bloodlands“ geschildert hat.<sup>1</sup> Neuland betritt Wulfs Studie aber in erster Linie mit ihrem Untersuchungsmaterial. Wulf hat 40 lebensgeschichtliche Interviews mit professionellen Historikern bzw. Sozialwissenschaftlern aus Estland geführt, wobei auch einige Kollegen aus dem Exil miteinbezogen wurden. Die Wahl dieser Berufsgruppe begründet Wulf schlüssig mit der Überlegung, dass diese Menschen an der Schnittstelle zwischen dem sozialen bzw. kommunikativen und dem kulturellen bzw. politischen Gedächtnis

---

<sup>1</sup> TIMOTHY SNYDER: *Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin*, London 2010.